

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag ausser...

Die abendliche Ausgabe des „Freiheit“ oder deren Name kostet 12.— Mk. ...

Verantwortlicher: ...

Freiheit Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Frankreich zum deutsch-russischen Vertrag

Ein Antrag auf Ausschluss Deutschlands und Russlands von der Genuaer Konferenz.

Genève, 18. April.

Die aus englischer Quelle verlautet, hat Barthou in der heutigen interalliierten Zusammenkunft in der Villa Maggio beantragt...

Ministerratssitzung in Paris

Genève, 18. April.

Die französischen Hauptdelegierten beschließen, daß sie an den Konferenzsitzungen nicht mehr teilnehmen werden...

Zu der Kabinettsratsitzung wird noch gemeldet:

Paris, 18. April.

Heute vormittag hat unter dem Vorsitz von Poincaré ein Kabinettsrat stattgefunden, in dem über die Vorfälle in Genua und die dadurch geschaffene Lage verhandelt wurde...

Die Haltung der Ententepresse

Die französische Presse greift den Vertragsbruch auf das allerheftigste an. Sie erklärt, daß es sich nicht nur um ein wirtschaftliches, sondern um ein politisches Abkommen handele...

Die franzosenfreundlichen Londoner „Times“ haben selbstverständlich in dieselbe Kerbe. Sie nennen den Vertrag eine Veleidigung der Ententemächte...

rückhaltung auffordert. Die Einwände richteten sich nicht gegen die parteitechnischen Bestimmungen des Vertrages, sondern gegen die Umstände, unter denen er zustande gekommen sei...

Ausperrung in der englischen Baumwollenindustrie

London, 18. April.

Die englische Baumwollenindustrie ist erneut von einer schweren Krise bedroht. Die in Manchester zwischen Un-nehmern und Arbeiterchaft geführten Lohnverhandlungen in der Textilbranche sind endgültig gescheitert...

Noch ist die Riesenausperrung der englischen Metallarbeiter nicht beendet, und schon rüstet das englische Kapital zu einem neuen Schlag. Bei dem Konflikt in der Textilindustrie handelt es sich um eine Kürzung der Löhne...

Belagerungszustand über Gleiwitz und Hindenburg

Gleiwitz, 18. April.

Heute nachmittags um 4 Uhr wurde der als Polenführer bekannte praktische Arzt Dr. Siemianowski in seinem Sprechzimmer in der Nicolaitraße erschossen...

Streik der Hamburger Versicherungsangestellten

Hamburg, 18. April.

Eine heute abend abgehaltene öffentliche Versammlung der Versicherungsangestellten Hamburgs hat mit allen gegen eine Stimme beschlossen, morgen in den Streik zu treten...

Kongress der I. L. P. in England

(C. P.) London, 18. April.

Gestern wurde in Nottingham der Kongress der unabhängigen Arbeiterpartei eröffnet. In der Eröffnungsrede griff der Delegierte Ballhead die Politik Lloyd Georges an...

Das deutsche Eigentum in Italien. Die die „Tribuna“ erfährt, führt die italienische Regierung gegenwärtig mit der deutschen Regierung Verhandlungen über den Wiedererwerb der in Italien beschlagnahmten deutschen Güter...

Zum 20. April

Obwohl seit über drei Jahren die Kanonen des Weltkrieges verstummt sind, ist es den Machthabern doch noch nicht gelungen, den Frieden Europas wieder herzustellen. Die dunklen Kräfte und Interessen...

Die Herrschenden wissen, daß solcher Zustand von der Menschheit nicht ertragen werden kann. Sie fühlen genau, daß der Boden unter ihnen wankt und zittert...

Wirksamer Friede wird nur sein, wenn er sich gründet auf die Massen des internationalen Proletariats, oder er wird nicht sein. Das Proletariat ist durch keine nationale oder wirtschaftliche Gegensätze zerklüftet...

- Für den Achtstundentag! Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die durch die Reparationspolitik der kapitalistischen Mächte ins Maßlose gesteigert wird! Für die einheitliche Aktion des Proletariats gegen die kapitalistische Offensive! Für die russische Revolution, für das hungernde Russland, für die Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten mit Sowjet-Russland! Für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront in jedem Lande und in der Internationale! Jede dieser Forderungen ist für das Proletariat aller Länder von gleich einschneidender Bedeutung. Den Achtstundentag ist in allen Ländern in gleicher

Weise bedroht. In Deutschland wird unter Hinweis auf die Friedensverträge auf seine Beseitigung gedrängt, während im Ausland wieder die im deutschen Export liegende Konkurrenz als Begründung für die Aufhebung angeführt wird. Die Arbeitslosigkeit ist eine Frucht, welche über dem Proletariat schier aller Länder schwebt. Von Deutschland ist sie bisher nur auf Kosten erschreckend niedriger Reallohne ferngehalten worden, welche der deutschen Industrie gewinnreiche Exportmöglichkeiten nach allen valutastarken Ländern erschlossen haben. Aber jeder Tag kann auch in Deutschland eine Wandlung bringen und zu einer Arbeitslosigkeit in einem bisher nie gesehenen Ausmaß führen. Schon heute ist das Ausland bestrebt, dem deutschen Export immer höhere Wälle entgegenzutürmen, und ist erst die Ausfuhr aus Deutschland versiegt, dann werden Betriebsschließungen nicht lange ausbleiben. Dann rächt sich in jurdibar Weise die von den deutschen Kapitalisten jahrelang am Proletariat begangene Auspöterung, welche die Kaufkraft der eigenen Arbeitermassen bis zur Kaufunfähigkeit geschwächt hat. Und diese Schwächung ist herbeigeführt nicht nur durch eine Lohnpolitik, welche den deutschen Arbeiter unter das Niveau des sizilianischen Arbeiters in den Schwefelgruben herabgedrückt hat, sondern auch durch eine Steuerpolitik, die in brutaler Rücksichtslosigkeit die Abwälzung aller Steuerlasten auf das Proletariat durchgesetzt, die eigenen mühelos erworbenen Milliardengewinne aber unangestastet gelassen hat. Gerade das in diesen Tagen abgeschlossene Steuerkompromiß hat wieder in erschreckender Weise erhellte, daß die deutsche Bourgeoisie auch die Folgen des für sie zu einer unerlöschlichen Gewinnquelle gewordenen Krieges von sich unter allen Umständen fernhalten und alle sich aus der militärischen Niederlage ergebenden Lasten dem Proletariat aufzwingen will.

In Sowjetrußland verteidigen wir die proletarische Revolution. Bei allen Ausstellungen, die wir an dem Regime der russischen Bolschewisten zu machen haben, verteidigen wir Sowjetrußland gegen die internationale Bourgeoisie und sprechen dieser auf jeden Fall das Recht zur Kritik an Rußland ab. Am allerwenigsten lassen wir ihre moralischen und sittlichen Entrüstungen gelten, denn Grundzüge menschlicher Moral und Güte sind alles andere als Bestandteile bürgerlicher Politik. Wir wissen, daß solche von dem Bürgertum an Sowjetrußland geübte Kritik nicht der Wahrung der Menschlichkeit, sondern nur der Verunglimpfung der proletarischen Revolution überhaupt und der Verdeckung der eigenen Unmenschlichkeit dient.

Vor allem soll die Willensfundgebung am 20. April die Bourgeoisie aller Länder warnen, falsche Hoffnungen auf die augenblickliche politische Zerrissenheit des Proletariats zu setzen. Sie soll zeigen, daß das Proletariat in seinem Willen eins ist, daß es vor allen Dingen eins ist in der Beurteilung der Bourgeoisie als seinen Gegner und seinen Feind. Und in dieser Einmütigkeit erblicken wir das beste Unterpfand für die baldige Wiederherstellung der proletarischen Einheitsfront, und zwar national wie international. Keinen Augenblick verkennen wir, daß dieser Weg zur proletarischen Geschlossenheit über viele Hindernisse hinwegführt, daß der Sieg über die Bourgeoisie erst die Befreiung vieler Widerstände im Proletariat selbst zur Voraussetzung hat. Der 20. April ist ein erster Versuch zu solcher Ueberwindung und darin liegt seine gewaltige historische Bedeutung. Möge er glücken und möge er vor allem auch die vielen Tausende Arbeiter, die sich mit Widerwillen von der Politik und von der sozialistischen Bewegung aus Gram über die bisherige Uneinigkeit abgewendet haben, wieder zurückführen zu der großen Armee des revolutionären Proletariats. Dann wird ungestüm aus den Massen erwachsen, was heute noch ein von der Berliner Konferenz für die Rundgebung vom 20. April aufgestelltes Lösungswort ist: die proletarische Einheitsfront in jedem Lande und in der Internationale.

Die monarchistischen Provokationen

Ueber den Prozeß, der sich mit den Vorgängen vom 4. September in Herford beschäftigte, haben wir bereits Mitteilungen gemacht. Die Kriegervereine veranstalteten eine monarchistische Kundgebung, die von der Arbeiterkassette mit einer Gegenemonstration beantwortet wurde, wobei es dann zu Ereignissen kam, die zu einem Strafprozeß gegen eine Anzahl Arbeiter führte, der in Völsfeld vor der Strafkammer stattfand. Aus den letzten Tagen der Verhandlung tragen wir noch nachstehende Aeußerungen nach: Der Staatsanwalt betonte u. a., er könne die Beschimpfung der Kriegergehnen nicht unwiderrufen lassen. Unter ihnen seien Krieger erfochten worden, wie sie die Weltgeschichte noch nicht gesehen habe und nie wieder sehen würde. Die Fahnen seien keine Zeichen des alten kühnwertigen Ehrens.

Verteidiger Dr. Schüding erklärte u. a., die Mehrheit des Volkes liege auf dem Standpunkt, daß nicht Zeit sei für monarchistische Provokationen. Durch den auf uns lastenden Friedensvertrag seien wir gezwungen, zu einer Verständigung zu kommen, um von den Lasten befreit zu werden. Die Massen seien ja nach Genua förmlich gebeten worden, um allgemein zur Abrüstung zu kommen. Und da sagt ein Pastor Schenaberg, es gehe ihn nichts an, welche Wirkung seine Reden auf die Leute haben. Die Kriegervereine sangen immer neutral an, aber dann kommt mit der Beeinflussung durch irgendeinen General oder Obersten der politische Einfluß. Die Kriegervereine pflegen alle militärischen Geiß und wollen den Militarismus lebendig erhalten. General v. Watter hat Abschnitfführer der roten Armee aus Stettin als Spion bezeichnet, die die Waffen nicht abliefern, so daß die Reichsmehrheit, wie von oben gemahnt, eingreifen mußte. Der Staatsanwalt verteidigt hier die schwarz-weiß-rote Fahne. Er trägt also das alte System noch lange nach seinem Sturz und läßt das neue System taublos. Das Kriegervereinsmitglied in Herford war schon für 1914 nach Spence gestraft; jetzt, drei Jahre nach dem Kriege, wird es gefeiert. Ein Zeichen, daß die große Krise an diesen Kreisen vollständig spurlos vorübergegangen ist. In Enger mußte eine schwarz-rot-goldene Fahne eingezoogen werden, in Herford wehten am 1. September 26 Fahnen. Mit Gott für Kaiser und Reich. Das soll nicht militärisch und monarchistisch wirken.

Rechtsanwalt Levy sagte in seinem Schlußwort: Die Kriegervereine seien nur insofern wirtschaftliche Vereine, als sie von Agrariern und Fabrikanten geleitet und bewußt zur Stützung der alten Machtanhänger benutzt würden, um gegen die Arbeiter zersplitternd wirken zu können. Sie vertreten also die Interessen des Kapitals. Das ist nun einmal unsere Auffassung, die der Sozialisten. Deshalb spielen auch die Kriegervereine im Industriegebiet eine geringe Rolle, weil die Arbeiter dort dies erkannt und sich deshalb davon losgegriffen haben. Der kriegerische Geist muß sterben, der Friedensgedanke werden.

Zwölf der Angeklagten wurden freigesprochen. Zehn Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 6 bis 8 Monaten. Man sieht, es ist gefährlich zum Schutze der Republik, gegen die monarchistischen Provokateure zu demonstrieren.

Der Polizeipräsident fühlt sich getroffen

Die Ermordung des Kommunisten Eyll ist selbstverständlich ebenso wenig gefaßt wie alle die übrigen Erschießungen auf der Flucht. Nunmehr ist die Möglichkeit geboten, dieses schauerhafte Kapitel der deutschen Schande noch einmal vor der gesamten Öffentlichkeit aufzurollen durch eine Klage, die der Polizeipräsident gegen das frühere Mitglied der KPD, Genossen Friesland, angestrengt hat. Genosse Friesland hatte in einer Rede gesagt, daß Eyll von der Reaktion ermordet worden ist. Dadurch föhlt sich der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter getroffen. Wenn also jemand gegen die Reaktion spricht, ruft Herr Richter: „Hier!“ -- Er wird wissen, warum.

Die Tatsache dieser Klage selbst aber deutet die neue Offensive an, mit der die Justizbehörden sich anschicken, gegen die Arbeitervertreter vorzugehen. Sie liegt auf der gleichen Linie wie die Anklage gegen die nicht durch die parlamentarische Immunität geschützten Mitglieder unseres Zentralkomitees wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“, über die die „Freiheit“ bereits berichtet hat.

Die Erschießung der Armenierschlächter

Während die nationalistische Presse den mißglückten Anschlag zweier zaristischer Leutnants auf den Kadettenführer Miskow und die Erschießung Nabokow zu entschuldigen, wenn nicht gar zu verteidigen sucht, überschlägt sie sich jetzt in Entrüstungs-Purzelbäumen über das Attentat, dem die beiden Armenierschlächter Djemal Asmy Bey und Baha Eddin Chakir zum Opfer gefallen sind. Man könnte diese Entrüstung verstehen, wenn sie sich gegen alle politischen Morde wenden würde. Aber dies ist keineswegs der Fall. Ihr Aufbäumen gegen den „Türkenmord“ entspringt vielmehr nur der Wut über die Armenier, die zwei frühere Bundesgenossen der Deutschen und geliebten Schüler deutscher Kriegskunst niederschossen. Schon der Prozeß gegen den armenischen Studenten Teikirian, der im Vorjahre das Haupt der auf die Ausrottung aller Armenier gerichteten türkischen Politik Talat Pascha, gestiftet hatte, war für unsere nationalistischen Blätter Anlaß, ihre Sympathie für die beispiellos grausame Vernichtung des armenischen Volkstammes auszusprechen, und diese Vorrede kommt auch jetzt wieder zum Ausdruck. Als während des Krieges die in der Weltgeschichte einzig dastehenden Schrecken der Türken gegen die Armenier bekannt wurden, als Dr. Lepsius in einem Vortrage und der Rektor Dr. Gußer der deutschen Realschule in Aleppo in einer an den Reichstag gerichteten Denkschrift auf die haarsträubenden Schandthaten der Türken verwiesen (wie das Schänden der jungen Frauen und Mädchen, die Erschießung der Männer, älteren Frauen und Kinder, das massenhafte Entdecken der Armenier, das Entziehen jeglicher Lebensmittel, wodurch etwa eine Million Menschen vernichtet wurden), da sand die deutsche nationale Presse kein Wort des Tadel, ja, sie unterdrückte die Wahrheit und lobte den „türkischen Bundesgenossen“ bis zum Zusammenbruch.

Und auch nach dem Zusammenbruch fanden die türkischen Armenierschlächter, zu denen neben Talat Pascha auch Djemal Asmy Bey, der frühere Generalgouverneur von Trapezunt, und Baha Eddin Chakir gehörten, in Deutschland freundliche Aufnahme und Schutz. Und wie Talat Pascha sind auch sie jetzt armenischen Märgern zum Opfer gefallen.

Die Attentäter sind noch nicht ergriffen, obwohl das Auswärtige Amt 50000 Mark Belohnung auf ihre Ergreifung ausgesetzt hat. Eine Spur will man allerdings entdeckt haben. Der armenische Generalkonsul in Berlin, Kredition, weiß sich nämlich zu erinnern, daß er gelegentlich seines letzten Aufenthaltes in Konstantinopel von einer armenischen Dame gefragt worden sei, ob der Ball (Generalgouverneur) von Trapezunt, welchen Posten bekanntlich der ermordete Djemal Asmy Bey bekleidete, sich in Berlin aufhalte. Auf seine Frage, warum sie dies wissen wolle, erwiderte die Dame: „Weil ich gern diejenige sein möchte, die ihn niedersticht. Während seiner Amistätigkeit hat er Tausende von Armeniern niedermegeln lassen. Ein von ihm beliebtes Verfahren, sich der armenischen Bevölkerung zu entledigen, bestand zum Beispiel darin, Männer und Frauen auf kleine Boote verladen und dann ertränken zu lassen.“

Eine Dame kommt indessen als Attentäterin kaum in Frage. Denn nach übereinstimmenden Bekundungen von Augenzeugen wurde die Tat von drei jungen Leuten ausgeführt. Das die benutzten Schusswaffen, die am Tatort gefunden wurden, amerikanischen Ursprungs sind, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Attentäter aus Amerika nach Berlin gekommen sind.

Protest gegen die Technische Nothilfe

Am Karfreitag tagten in Kahl a. M. die Vertreter der Gewerkschaftskartelle Kischaffenburg, Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt und Hanau zusammen mit der Streikleitung der freikundenden Bergarbeiter und „Jede Kuh“, der Bezirksleitung der Bergarbeiter und den Vertretern des Gewerkschaftsbundes der Angestellten. Nach einem Referat des Kollegen Wittmann wurde nach einstimmiger Diskussion, an der u. a. die Kollegen Pöhl, Kischaffenburg, Wiesbach, Frankfurt a. M., Bläß von der Bezirksleitung des Rheinlänfers und Heizerverbandes und Schwind, Hanau, teilnahmen, folgende Resolution mit 23 Stimmen bei einer Stimmenthaltung (der Vertreter des örtlichen Gewerkschaftsvereins) gefaßt:

„Die am 14. April 22 in Kahl tagende Sitzung der Streikleitung der freikundenden Kollegen der „Jede Kuh“, ferner die Vertreter sämtlicher am Streik beteiligten Organi-

lationen sowie die Vertreter des Gewerkschaftskartells Frankfurt a. M., Darmstadt, Kischaffenburg, Offenbach, Hanau erheben aufs schärfste Protest gegen die unter Bruch der Verfassung durch die bayerische Regierung eingeleitete Technische Nothilfe und Sipo.

Die anwesenden Gewerkschafts- und Kartellvertreter fordern den Vorstand des A. D. G. B. auf, auf sämtliche Arbeiterparteien sowie die Vertreter der Arbeiterparteien im Reichstag, ferner preussischen und bayerischen Landtag einzuwirken, daß sofort die Technische Nothilfe, die sich seinerzeit zu einer staatlichen Streikbrechergarde herausgebildet hat, umgehend beseitigt wird. Auf alle Fälle fordern und erwarten die anwesenden Gewerkschafts- und Kartellvertreter von den Vertretern aller Arbeiterparteien im Reichstag sowie den einzelnen Landesparlamenten, daß dieselben umgehend die Frage der Beseitigung der Technischen Nothilfe in ihrem Parlament aufrollen und auf jeden Fall noch einen Werra zur Erhaltung oder Fortführung dieser organisierten Streikbrecherorganisation bewilligen.

Dieser Protest ist um so notwendiger, weil der Stellvertreter des rechtssozialistischen Ministers des Innern, Dr. Köster, in einem an das Hanauer Gewerkschaftskartell gerichteten Schreiben die Einschaltung der Technischen Nothilfe und das Vorgehen der bayerischen Behörden als gerechtfertigt hinzustellen versuchte.

Zur selben Zeit erhalten wir eine Zuschrift des Deutschen Transportarbeiterverbandes Berlin, die ebenfalls Beschwerden gegen die Technische Nothilfe Berlin vorbringt. Nachdem der Streik der Müllkutscher offiziell am 5. April als erledigt galt, wäre die Nothilfe gehalten gewesen, sich aus den Betrieben der Wirtschaftsgenossenschaft zurückzuziehen. Die Nothilfe hat aber die Anordnung des Polizeipräsidenten, sich zurückzuziehen, teilweise ignoriert. In den verschiedenen Depots arbeiten noch Leute, die vordem als Nothelfer tätig waren. Da der Streik beendet ist, gilt auch die Mission dieser Leute als erledigt. Die Technische Nothilfe geht aber darauf aus, Streikbrecher zu züchten, die nach Beendigung von wirtschaftlichen Kämpfen in den Betrieben bleiben und die Wiedereinstellung der Streikenden teilweise verhindern. Da die Nothilfe den Vorwurf einer Streikbrecherorganisation von sich weist, hätte sie also alle Veranlassung, in diesem speziellen Fall die ihr angehörigen Nothelfer schleunigst zu entfernen. Dies wäre auch notwendig, um Reibereien zu vermeiden. Der Deutsche Transportarbeiterverband hat der Leitung der Technischen Nothilfe als Beweis für diese Behauptung unter anderem sieben genaue Adressen von Leuten mitgeteilt, die als Streikbrecher noch in den Betrieben der Wirtschaftsgenossenschaft tätig sind. Es wird die Frage aufgestellt, ob die Leitung der Nothilfe keinen Einfluß mehr auf ihre Leute hat? Durch das Gebahren dieser staatlichen Organisation, die erklärt, ihren „Richtlinien“ gemäß nur Notstandsarbeiten zu verrichten, beweist sie durch obige Taten das Gegenteil und verletzt aufs gröslichste ihre sogenannten Richtlinien. Die Zuschrift erklärt, daß es Aufgabe des Polizeipräsidenten bzw. des Ministeriums des Innern sein dürfte, hier Wandel zu schaffen.

Das Verhalten der Technischen Nothilfe, die fortwährende Proteste seitens der Gewerkschaften auslöst, zeigt, welche eminente Gefahr diese Organisation für die Gewerkschaften bedeutet. Der „Botschafter“ hat die erste Notiz rein informativ wiedergegeben und sich gehalten, auch nur ein Wort der Kritik anzuwenden. Die Nothilfe, für deren Existenz ja die Rechtssozialisten eben erst noch die Mittel bewilligten, wird sich aber hüten, ihr unfauberes Spiel anzugeben. Die bloßen Proteste und Ermahnungen werden daher auch keinen irgendwelchen Einfluß auf die Leitung der staatlichen Streikbrecherorganisationen haben. Wenigstens solange nicht, bis die Gesamtarbeiterkassette die Existenz dieser Finkertonee unmöglich macht.

Aus der Partei

Die USP, Bayerns zur Parteilastik.

In München tagte am 13. April eine gemeinsame Konferenz der bayerischen Landtagsfraktion und des erweiterten Landesvorstandes der USP, um sich mit der politischen Lage und mit der Stellung der Partei zu beschäftigen. Es wurde eine Entschliessung gefaßt, in der es unter anderem heißt:

„Die heute, am 13. April, in München tagende gemeinsame Konferenz der bayerischen Landtagsfraktion und des erweiterten Landesvorstandes der USP, stellt sich nach eingehender Aussprache über die Politik der USP, auf den Standpunkt, daß diese getragen sein muß von der Erkenntnis der Notwendigkeit des Klassenkampfes, und daß jede Verschwommenheit und zur Verwirrung der Masse führende Unklarheit aufs entschiedenste zu bekämpfen ist.“

Weiter wird die bisher im Reich betriebene Koalitionspolitik beurteilt, „weil diese dem Sozialismus nicht dient und der sozialistischen Erkenntnis proletarischer Notwendigkeit nur hinderlich und störend im Wege steht und nicht ein Mittel ist, der so notwendigen Einigung förderlich zu sein.“ Die Abschaffung des Steuerkompromisses durch die Reichstagsfraktion wird gebilligt. Schließlich heißt es:

„Die Konferenz begrüßt die auf Veranlassung der USP, stattgefundene erste Sozialistenkonferenz in Berlin als den ersten Schritt kommender Verständigung und verlangt, daß die Politik der USP, deren Richtigkeit sich glänzend bewährt hat, nur getragen sein darf vom Geist, der in Leipzig einstimmig angenommenen Manifestes und vom Geist des Klassenkampfes, der die Grundlage einer sozialistischen Partei bildet.“

In diesem Sinne haben Landesvorstand, Fraktion und Parteipresse zu wirken.“

Diese Stellungnahme der leitenden Instanzen unserer bayerischen Parteigenossen deutet sich völlig mit dem Standpunkt der Zentralinstanzen der Gesamtpartei und wird von den Massen unserer Mitglieder geteilt.

Eine Rainummer der „Kämpferin“.

Wir bezweifeln ganz besonders auf die soeben erschienene Nr. 8 der „Kämpferin“. In den Besprechungen am 1. Mai soll diese Nummer weiteste Verbreitung finden. Bestellungen sind rechtzeitig zu richten an die Leipziger Buchdruckerei K. G., Leipzig, Tauchaer Straße 10-21. — Die Nr. 8 enthält einen Belegartikel und die nachstehenden lesenswerten Beiträge: Der heilige Beng. — Die Glocken hören. — Die Frau und ihr Kampf nach Gleichberechtigung. — Die glückliche Lohnkassette. — Die Ziele der Jugendbewegung. — Mütter, denkt an eure Töchter! — Die Tätigkeit der Frauen in den Parlamenten. — Heraus, ihr Frauen! Kinderbeilage: Menschheitsmal. — Eltern. — Das Elend der armen Leute. — Frühlingseisen. — Gedras. — Der Sonne Sieg. — Rätsel. — Genossen! Agitiert für euer Blatt!

Weltwirtschaftlicher Wiederaufbau und Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund

Der Genauer Konferenz hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eine Denkschrift über den weltwirtschaftlichen Wiederaufbau unterbreitet. Sie enthält statistisches Material über das Existenzminimum und die Wochenlöhne in einer Anzahl Großstädte und legt kurz den bestehenden Zustand der heutigen Weltwirtschaft, der als wider natürlich hingestellt wird. Es heißt, die deutschen Gewerkschaften halten es für unerlässlich, daß durch internationale Gemeinschaftsarbeit die Hilfsmittel bereitgestellt würden, die erforderlich seien, um diejenigen Völker in den Stand zu setzen, Urprodukte und Fabrikate heranzubringen, d. h. Kaufkraft zu gewinnen und zu ersparen, die heute außerhande seien, ihre Arbeitskraft zur Selbsterhaltung und im Interesse aller nutzbar zu machen. Es wird weiter die Notwendigkeit einer internationalen Kapital- und Kreditorganisation betont, die ihre Tätigkeit in enger Gemeinschaft mit den Organisationen der Arbeiterschaft ausüben müßte. Die deutsche Arbeiterschaft wolle die Segnungen des Friedens sicherstellen und ihre ganze Kraft einsetzen, um für alle Zukunft einen Krieg unmöglich zu machen. Deutschland biete somit die Gewähr, daß die bereitgestellten Mittel als sichere Anlagen gewertet werden könnten. In einer solchen Gemeinschaftsarbeit sehe die deutsche Arbeiterschaft die einzig mögliche Gewähr für die Wiederherstellung geordneter Zustände und einer weltwirtschaftlichen Harmonie. Die deutsche Arbeiterschaft müsse mit besonderer Energie darauf aufmerksam machen, daß nur durch einen zielmäßig geleiteten Waren Austausch die bestehende, völlig unnatürliche Lage in der Güteranhäufung schnellstens geändert werden könne. Zusammenfassend wird dann gesagt, daß produktive Wirtschaftshilfe der leidenden Menschheit geboten werden müßte. Dieses Ziel sei nur durch die Solidarität aller Nationen erreichbar. Die Arbeiterschaft müßte zur Mitarbeit in vollem Umfange mit herangezogen werden.

Bervoll in dieser Denkschrift ist, daß die deutsche Arbeiterschaft in der Zukunft einen Krieg unmöglich machen wolle. Wenn im Jahre 1914 die deutschen Gewerkschaften nach dieser Richtung ihre ganze Energie aufgewandt, und wenn sie während des Krieges mit allen Mitteln für seine rasche Beendigung gekämpft hätten, so wäre das Unheil, das die Völker heimgesucht hat, nicht so groß gewesen. Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse lagen vor; sie wurden nur nicht beachtet, nicht ausgeführt. Erst die Unabhängige Sozialdemokratie versuchte sie in die Tat umzusetzen. Die Hoffnung auf eine „weltwirtschaftliche Harmonie“, auf eine Solidarität aller Nationen“ wird erst dann in Erfüllung gehen, wenn die Arbeiterschaften in den kapitalistisch entwickelten Ländern zur politischen Macht gelangt sind. Und dahin kommen sie nur auf dem Wege des Klassenkampfes.

Rapp „gekappt“

Das BFB meldet: Steitin, 18. April. Gestern nachmittags 3 Uhr ist Dr. Rapp, von Schweden kommend, in Sahnitz eingetroffen und beim Verlassen des Bahnhofs auf Grund des seinerzeit erteilten Siebdrucks verhaftet worden. Er ist sodann mit dem Zug über Stralsund-Berlin nach Leipzig gebracht worden.

Das „Berliner Tageblatt“ erzählt dazu: Dem Reichsgericht in Leipzig waren vor einigen Tagen von dritter Seite, von der noch nicht festgestellt ist, ob sie im Zusammenhang mit Rapp steht, Meldungen zugegangen, nach denen Rapp am zweiten Osterfesttag, vor mittags, beabsichtige, die deutsche Grenze zu überschreiten. Darauf wurde ein Kriminalbeamter nach Sahnitz entsandt, um Rapp in Empfang zu nehmen.

Diese Mitteilungen leuchteten schon etwas tiefer hinein in die Affaire, die recht geschickt arrangiert ist. Wie lange wird es dauern, dann stellt das Reichsgericht fest, daß ein Fluchtverdacht nicht vorliegt, und Rapp wird von der Untersuchungshaft befreit. Er und seine Freunde haben dann, was sie wollten. Das V. T. schreibt ja schon, die Frage, ob Rapp während der ganzen Dauer des Verfahrens in Untersuchungshaft bleibe, sei noch unentschieden. Es wird auch bereits geltend gemacht, daß Rapp an einer Augenkrankheit leide, die seine Untersuchung durch einen Augenarzt nötig mache. Na also! Der Fall Jagow hat uns gezeigt, wie besorgt man um den Gesundheitszustand der monarchistisch gefinnenen Hochverräter ist. Es kommt noch so weit, daß man Rapp nicht nur freiläßt, sondern ihn auch als Rationalfeld verherrlicht.

Reichskonferenz der Sozialistischen Proletarierjugend Deutschlands

Aus den Verhandlungen ist noch folgendes nachzutragen: Ein Antrag Berlin, der sich gegen den Anschluß an die Jugendherbergs-Organisation wendet, wurde von Berliner Vertretern beantragt, jedoch von der Konferenz abgelehnt. — Ferner wurde beschlossen, den Reichsjugendtag in Plauen (Vogtland), den internationalen Jugendtag am 24. und 25. Juni in den Bezirken zu begeben.

Gen. Feing, Mitglied der Exekutive, zeigte in seinem Vortrag über „Die Entwicklung der internationalen Jugendbewegung“, woran die alte Internationale gescheitert ist. Sein Referat gipfelte in der Erklärung, daß die Arbeiterschaft sozialistischer Jugendorganisationen bereit ist, mit den anderen Richtungen im Interesse des gesamten Proletariats zusammen zu arbeiten.

In ausgiebiger Diskussion vertraten alle Redner den Standpunkt, daß die Verhältnisse unbedingt ein Zusammenarbeiten und die Einigung der Arbeiterschaft erfordern, und es kam allenfalls zum Ausdruck, daß die sozialistische Proletarierjugend gewillt ist, alle Einigungsbestrebungen zu unterstützen. Gen. Künstler (USPD) machte besonders auf die nationale Hebe in allen Ländern aufmerksam und forderte die Vertreter der Exekutive auf, sich bei ihren Besprechungen mit den anderen Internationalen für eine einheitliche Bekämpfung des Militarismus in jeder Form einzusetzen.

Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: Die Reichskonferenz der S. P. J. begrüßt die begonnene Zusammenarbeit des international organisierten Jugendproletariats. Gegenüber der wachsenden Macht des Kapitals gilt es, eine gemeinsame Front des Jugendproletariats aufzurufen. Die Reichskonferenz hofft, daß — ebenso wie die Arbeiterjugend-Internationalen — auch die kommunistische Jugend sowie andere proletarische Jugendorganisationen schließlich für ein gemeinsames Wirken zugänglich

werden. Die Reichskonferenz der S. P. J. ist aber der Überzeugung, daß heute der Zeitpunkt der organisatorischen Einigung noch nicht gekommen ist, da in verschiedenen Fragen (Antimilitarismus, wirtschaftlicher Kampf, Bildungsbestrebungen) noch nicht die nötige einheitliche Ueberzeugung herrscht, die notwendig ist für eine gemeinsame Arbeit der Richtungen in einer Organisation.“

Außerdem wurde ein Aufruf an die arbeitende Jugend zur Feier des internationalen Jugendtages angenommen.

Gen. Schröder sprach über

Unsere Aufgaben als Kultur- und Kampfbewegung.

Die Sozialistische Proletarierjugend ist seit jeher für umfassende Bildungsarbeit eingetreten. Zusammenfassung, Vorbereitung und Kampf sind die Aufgaben unserer Organisation. Mit allen Kräften müssen wir für die Schaffung von Jugendheimen eintreten und der Jugend das Wissen, das ihr die Schule verweigert, geben. Die Jugendlichen sind zu lebendigen Mitarbeitern heranzubilden, die statt der bürgerlichen Ideologie proletarisch denken können. Unser Kampf gilt der Schundliteratur und dem Kino, das zu einem Instrument nationalitätlicher Hebe geworden ist. Unsere Heimabende müssen anregend ausgestaltet werden, ohne sich in Theaterspielerei zu verlieren. Wir haben die Pflicht, die Jugend zu sammeln, mit Willen auszurüsten und in den Kampf für den Sozialismus zu führen.

Gen. Hammond, Sekretär der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, überbrachte die Grüße der Independent Labour Party (Unabhängigen Arbeiter-Partei) und führte unter wiederholtem Beifall aus:

Haben wir drüben verluße man, aufs neue die nationalitätlichen Leidenschaften anzukurbeln. Die Arbeiterschaft Englands und auch die arbeitende Jugend Englands will aber ebenso den Frieden und das Zusammenarbeiten des Proletariats wie die Deutschlands.

Der sehr bewanderte Herr Weismann

Gegen den recht vielseitigen jetzigen Staatskommissar für öffentliche Sicherheit, Geheimrat Weismann — seine Vielseitigkeit befandete er unter anderem bei der Anfertigung des dritten, umgedruckten Berichtes Marlohs über die Erschießung der 20 Matrosen — ist auch auf anderen, nicht in seine Amtstätigkeit einschlagenden Dingen gut bewandert. So heißt es über ihn in dem zehnten Bande der „Interessanten Kriminalprozesse“, die Hugo Friedländer gesammelt hat, bei dem Bericht über den Prozeß des Spielkönigs Stallmann auf Seite 180:

„Am achten Verhandlungstage (8. April 1918) wurde von dem Vertreter der Anklagebehörde, Staatsanwaltschaftsdirektor Weismann, auf dem Zeugentisch ein neues Spiel Karren“ ausbreitet. Der Staatsanwalt selbst spielte die Rolle des falschen Spielers und bewies dabei eine kaum zu schätzende Geschicklichkeit, indem er jede ungeschlagene Karte vorher nachahmte. Der Angeklagte Kramer hand lopschüttelnd, gewissermaßen als Übergewächter, dabei und ausherte sich dann mit großer Lebhaftigkeit.“

Ja, Herr Weismann ist recht vielseitig.

Die Notwendigkeit der Neuregelung

Die Erörterung der Reparationsfrage wurde von den Verhandlungen der Genauer Konferenz ausgeschlossen. Die Entscheidung darüber liegt bei der Reparationskommission. Es ist allerdings schon berichtet worden, daß der Oberste Rat der Alliierten in Genua zusammengetreten werde, um sich weiter mit der Frage zu beschäftigen. Die Reparationskommission hat in ihrer Antwort auf die letzte Note der deutschen Regierung erklärt, daß jede Hoffnung Deutschlands, im Auslande eine Anleihe von irgend welcher Bedeutung aufzunehmen, Chimäre bleiben werde, solange Deutschland nicht eine sehr ernsthafte Anstrengung zur Wiederherstellung des Gleichgewichts seines Haushalts gemacht habe. Dazu sei aber über das Steuerkompromiß hinaus ein überzeugender Beweis von Laifkraft zu liefern, beispielsweise hinsichtlich der Besteuerung der derzeitigen Gewinne von Industrie und Handel.“ Die Antwort der deutschen Regierung, sagt die Note weiter, komme einer Weigerung gleich, irgendeinen Versuch zu machen, sich die notwendigen fremden Devisen für die Bezahlung der Reparation zu beschaffen. Die Reparationskommission wolle jedoch, wenn die deutsche Regierung davon absehe, das Recht der Reparationskommission, ihr ihre Entscheidungen auszuüben, zu bestreiten, jede praktische Anregung prüfen, die von der deutschen Regierung zur Lösung der Schwierigkeiten, in der sie sich befindet, vorgebracht werden könnte.

Die Erkenntnis, daß die Reparationen so, wie sie bis jetzt festgelegt sind, nicht zur Reparation, sondern zu weiterer Zerrüttung der gesamten europäischen Wirtschaft führen, macht auch in den Kreisen der Entente merkbare Fortschritte. Besonders bemerkenswert sind einige Ausführungen, die der Vorsitzende der Verwaltung von Barclays Bank, Woodhouse kürzlich beim Empfang der amerikanischen Handelskammer in London über die Kriegsschulden machte. Er wies darauf hin, daß die Schulden Amerikas von 1028 Millionen Dollar vor dem Kriege auf 22 251 Millionen Dollar nach dem Kriege, die Schulden Großbritanniens von 708 Millionen auf 6702 Pfund Sterling, die Frankreichs von 33 697 Millionen auf 247 500 Millionen Franks, die Italiens von 15 281 Millionen auf 89 888 Millionen Lire, die Belgians von 4627 Millionen auf 34 708 Millionen Franks gestiegen sind. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika allein haben von ihren Alliierten 40 888 Millionen Dollar zu fordern. Die Forderungen Großbritanniens an seine Alliierten belaufen sich auf 1408 Millionen Pfund Sterling, die Guthaben Frankreichs auf 7000 Millionen Franks.

Zeigen diese Ziffern, ein wie gewaltiges Druckmittel Amerika bereits in der Hand hat — die Hälfte der ausgeführten Schuldforderungen sind Guthaben der Vereinigten Staaten —, so lassen sie es auch einigermaßen verständlich erscheinen, daß Frankreich sofort in große Nervosität verfällt, wenn davon die Rede ist, die Reparationspflichten Deutschlands zu ermäßigen. Frankreich ist von den Vändern der Alliierten das am schwersten mit Schulden belastete. Es ist zu seinem Unglück zu gleicher Zeit der Hauptgläubiger des zahlungsunfähigen Landes, Rußlands. Deutschland soll nach dem jetzigen Reparationsplane 134 Milliarden Goldmark zahlen. Jede Minderung dieser Zahlungspflicht mindert die Aussichten Frankreichs, in absehbarer Zeit wieder zu geordneten Finanzen zu gelangen. Andererseits wird es aber auch aller Welt immer klarer, daß Deutschland die ihm auferlegten Milliardensummen nicht aufbringen kann. Aus dieser Erkenntnis heraus kamen dann die Erwägungen über die Möglichkeit der Annulierung der Kriegsschulden der Alliierten.

Woodhouse hält die volle Bezahlung der Kriegsschulden der verschiedenen Vänder und vor allem auch die volle Bezahlung der bisher festgesetzten deutschen Reparationsraten für eine Unmöglichkeit. Er wies allerdings auch darauf hin, daß England den Verdacht auf einen Teil dessen, was es von seinen europäischen Alliierten oder von Deutschland zu fordern habe, nicht eher werde aussprechen können, bis die Vereinigten Staaten ihrerseits auf die Rückzahlung eines Teiles der Kriegsschulden verzichtet werde.

Die deutsche Delegation begegnete in unzähligen ihren Äußerungen schon deswegen großem Mißtrauen Frankreichs, weil darin vielfach Ursache erblickt wurde, die Reparationen auf der Konferenz in Genua zur Debatte zu bringen. Die letzten Meldungen besagen, daß Anlaß zu solchen Befürchtungen nicht vorliegt. Es ist danach anzunehmen, daß in Genua diese Frage nicht angeschnitten wird, aber sicher ist, daß, je länger die Angelegenheit auf die lange Bank geschoben wird, desto schwieriger ihre endgültige Entscheidung werden muß.

Deutschnationale Methoden

Die Wärme Ende der vorigen Woche scheint in der Redaktion der „Kreuzzeitung“ bedenklich gewirkt zu haben. Das Blatt bringt einen Artikel über die Demonstration am 20. April, und meint, sie würde nur deshalb besucht, weil nicht geheim abgestimmt würde. Wer dem Befehl zum Aufmarsch nicht Folge leistet, würde schikaniert, brutalisiert, um seine Arbeit gebracht, und ihm das Ankommen in einem anderen Betriebe unmöglich gemacht. Würden die Arbeiter persönliche Freiheit besitzen, dann wäre es um die Demonstration schlimm bestellt.

Die „Kreuzzeitung“ verwechselt offenbar Berlin mit einer ostelbischen Klitsche von vor dem Kriege. In den Hochburgen vieler Großgrundbesitzer gab es für die Arbeiter keine politische Freiheit. Wer nicht dem Befehl des brutalen Junkers folgte, wurde schikaniert. Und auch heute hängt man auf dem Lande noch an solchen Methoden. Die Kreuzzeitungsleute aber denken, in der Berliner Arbeiterbewegung gehe es so zu, wie auf einem Gutshofe. Man sieht, wie wenig Verstand dazu gehört, um eine königstreue deutschnationale Zeitung zusammenzustellen.

Auszahlung

der Lohnerhöhung an staatl. Arbeiter

Auf eine kleine Anfrage im preussischen Landtage, die sich mit der Zahlung der vom 1. Januar 1922 bewilligten Lohnerhöhungen und den Nachzahlungen aus Anlaß der höheren Einkufung von Orten in das Dreiklassenverzeichnis befaßt, erteilt, wie den „V. P. N.“ von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, der preussische Finanzminister folgende Antwort:

„Die mir nachgeordneten Behörden habe ich durch Rundschreiben vom 22. Dezember 1921 angewiesen, den Lohnempfängern bei den preussischen Verwaltungsbehörden (Verwaltungsarbeitern) die aus der Höherstufe von Orten im Dreiklassenverzeichnis sich ergebenden Beträge zu zahlen. Eine entsprechende Weisung habe ich unter dem 26. Januar 1922 hinsichtlich der mit Wirkung vom 1. Januar 1922 an eingetretenen Erhöhung der Löhne der Verwaltungsarbeiter erlassen. Gleichzeitig habe ich in beiden Fällen den Herrn Ministerpräsidenten und die übrigen Herren Staatsminister nebeten, für ihren Geschäftsbereich die gleiche Anordnung zu treffen. Entsprechend ist bezüglich der in Betracht kommenden Gruppen der Betriebsarbeiter verfahren worden. Ob die ergangenen Weisungen einzelnen Behörden oder Dienststellen nicht zugegangen sind, ist mir nicht bekannt und ließe sich nur bei näherer Bezeichnung der betreffenden Behörden oder Dienststellen prüfen. Ich bin bereits mit dem Herrn Ministerpräsidenten, den Herren Staatsministern und dem Herrn Reichsminister der Finanzen in Verbindung getreten, um dahin zu wirken, daß eintretende Lohnerhöhungen künftig in allen Zweigen der preussischen Staatsverwaltung gleichmäßig so schnell wie möglich zur Auszahlung gebracht werden.“

Jagow der Unschuldige

Die Landung Rapps in Deutschland veranlaßt Herrn v. Jagow, der seine Bestimmung in Gollnow in Pommern absetzt, zu einem Vorstoß für das Wiederannahmeverfahren. Er veröffentlicht zu diesem Zweck längere Darlegungen, in denen er die Notwendigkeit des Wiederannahmeverfahrens nachzuweisen versucht. Herr v. Jagow hofft offenbar, zusammen mit seinem Freunde Rapp noch einmal auf die Anklagebank zu kommen und freigesprochen zu werden. v. Jagow denkt offenbar, in einem Lande, in dem reaktionäre Wörder bisher häufig freigesprochen wurden, wird man doch auch einen reaktionären Hochverrat nicht so kritisch nehmen.

Was ihnen so passen würde

Die nett ist es doch, daß vor 2000 Jahren ein römischer Geschichtsschreiber namens Tacitus gelebt und etwas über die Zwietracht zwischen deutschen Stämmen geschrieben hat. Kann doch die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ mit dieser Bewegung und innerer Erschütterung“ den alten Tacitus zitieren und daraus ableiten, daß eigentlich gar nichts anderes zur Erlangung der Glückseligkeit notwendig sei als das Vergessen des Haders der politischen Parteien. Was aus der Sprache der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ ins richtige Deutsch übertragen heißt, die deutschen Arbeiter sollen auf die Vertretung ihrer Interessen verzichten, da diese Interessenvertretung von den Stimm- und Löffel- und den ostpreussischen Junkern wahrgenommen wird. Welt aber die deutsche Arbeiterschaft weiß, daß das Vergessen des Parteihaders weiter nichts bedeutet, als daß sie, wie es während des Bürgerkriegs im Weltkrieg besonders in die Erscheinung trat, schrankenlos ausgebeutet und obendrein unter die Fuchtel der militaristischen Freunde der Krant- und Schlotjunker gestellt werden sollen, verzichten sie nicht auf ihre Partei, sondern kämpfen sie und führen einen entschlossenen Kampf gegen ihre schlimmsten Feinde: das im Arbeitgeberverband organisierte deutsche Unternehmertum.

„Vollstand durch Volkseinheit.“ Die sogenannte Kulturankel in Weimar, die Zentrale für deutsche soziale (also antimilitarische) Denker, erklärt einen Aufruf an das deutsche Volk. Es soll ein Volkseinheit über Befreiung von Zinsknechtschaft und Herausgabe von Land für Siedlungszwecke herbeiführen werden. Gemeinwohl soll vor Eigennutz stehen. Die Errichtung von kleinen Bauernhöfen muß aus technischen und kulturellen Gründen abgelehnt werden. Das arbeitende Volk in Deutschland muß aber nicht nur von der Zinsknechtschaft, sondern auch von Kapitalismus befreit werden. Die antimilitarische Haltung geht natürlich dem kapitalistischen Ausbeutungs-system nicht zu Seite.

Bei Hautausschlag, Flechten, Bein- und Krampfadergeschwüren, Hämorrhoiden ist
San.-Rat Haussalbe seit 100 Jahren
ein bewährtes u. schnellwirkendes Mittel. Original-Dose 17.50 u. 34.— M.
am Hauptort
Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74
Portr. Contr. 7197

